



02/2019

# grüne welle

DIE GRÜNEN IM NORDEN



LANDESVBAND SH

Seite 2 - 9, 20

LANDTAGSFRAKTION

Seite 10 - 15

BUNDESTAGSFRAKTION

Seite 16 - 19



### Moin liebe schleswig-holsteiner GRÜNE,

am 26. Mai 2019 ist Europawahl! Als schleswig-holsteiner Kandidat geht Rasmus Andresen auf Listenplatz 16 ins Rennen. Als GRÜNE aus dem Land zwischen den Meeren kämpfen wir für ein menschliches, offenes Europa und den Klimaschutz, denn die Europawahl wird mehr denn je eine Klimawahl! Auch deshalb haben wir Silke Backsen besucht, die gemeinsam mit ihrer und anderen Familien die Bundesregierung wegen Untätigkeit in der Klimakrise verklagt. Außerdem haben wir für diese Ausgabe Jakob Blasel, Mitinitiator der Fridays-for-future-Bewegung, interviewt. Mit viel Energie gehen wir 2019 nicht nur in den Europawahl-

kampf, sondern arbeiten auch daran, die vielen neuen Mitglieder einzubinden. 2018 ist unsere Mitgliederzahl um 27 Prozent gestiegen! Außerdem werden gerade viele neue Ortsverbände gegründet. Das begeistert mich und zeigt deutlich, dass GRÜNE Politik die Menschen bewegt. Herzlich willkommen allen neuen Mitgliedern und Ortsverbänden!

Auch im Grundsatzprogrammprozess sind wir als schleswig-holsteiner Landesverband aktiv: Auf sieben Veranstaltungen haben wir im ganzen Land zusammen diskutiert und dabei Input für die Berliner Schreibgruppe geliefert. Den weiteren Prozess werden wir weiter gespannt verfolgen und begleiten – ich freue mich darauf und auf einen tollen Wahlkampf mit euch!

**Eure Ann-Kathrin Tranziska, Landesvorsitzende**

## NACHRUUF GERD PETER WERNER

Kreon, so wurde Gerd Peter Werner unter Freund\*innen genannt, war ein echtes Schwergewicht und Urgestein der GRÜNEN. Bereits in den 1970er Jahren machte er Schlagzeilen als Mitbegründer der ersten Bürgerinitiative Deutschlands, die dem „Protest gegen Atlantis“ galt, einem geplanten Hochhauskomplex im Kurzentrum Westerlands. Gemeinsam mit Klara Enss führte er die Bürgerinitiative mit dem „Verein Naturschutz“ zur „Naturschutzgemeinschaft Sylt“ zusammen. Zudem setzte er sich vehement gegen Atomkraftwerks-Planungen im nordfriesischen Wattenmeer ein und hielt bis in die Gegenwart Fukushima-Mahnwachen vor dem Rathaus in Westerland gegen die Gefahr von Atomkraft und Atomwaffen. Er war Mitinitiator des Sylter Jugendhauses und setzte sich bis zuletzt für die Bedeutung insularer Kulturgüter ein, wie z.B. die Tinnum Burg.

In vielfältigen Aktionen trat er mutig und mit Zivilcourage für den Frieden ein. Wachsamkeit, Beharrlichkeit, Konstruktivität und Liebe zur Sache zeichneten den Heilpraktiker aus. Für die GRÜNEN Schleswig-Holstein, die er ebenso wie den Sylter Ortsverein mit begründete, saß er Anfang der 1980er Jahre unter den ersten

GRÜNEN Abgeordneten im Bundestag und gestaltete als Parlamentarier mit den Parteigranden Petra Kelly, Marieluise Beck, Otto Schilly und Joschka Fischer GRÜNE Bundespolitik. Im Kreistag Nordfriesland war er

das erste GRÜNEN-Mitglied, im Sylter Rat brachte er über Jahre sein ehrenamtliches Engagement ein. Seine manchmal sehr originelle und unbequeme Art mit politischen Fragen umzugehen, werden wir vermissen. Kreons Tod ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und uns als seine persönlichen Mitstreiter\*innen ein großer Verlust und zugleich Auftrag, weiter der Insel, der Natur, den Menschen, der Demokratie und dem Frieden im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes zu dienen.



**Maria Andresen und Andreas Tietze (MdL) für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ortsverband Sylt, Kreisverband Nordfriesland und Landesverband SH**



# DIE NÄCHSTE STUFE DER ENERGIEWENDE

Mit der ersten Regierungsbeteiligung der GRÜNEN im Bund wurde vor zwanzig Jahren die Weichenstellung zum Einstieg in das regenerative Zeitalter vorgenommen: Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist Deutschland weltweit zum Vorzeigeland bei der Erzeugung regenerativen Stroms geworden. Tausende von Jobs sind neu entstanden und mit Bürgerwindparks, Solardächern und Biogasanlagen sind Bürger\*innen selbst zu Erzeuger\*innen geworden und damit zu direkten Teilhaber\*innen der Energiewende. Wer noch vor 10 Jahren behauptet hätte, dass Schleswig-Holstein bereits deutlich über 100 Prozent seines Stroms aus Erneuerbaren Energien erzeugen würde, wäre wohl als Spinner bezeichnet worden.

Mittlerweile ist deutlich, dass das Hauptproblem nicht mehr darin liegt, die Erneuerbaren zu fördern, sondern dafür zu sorgen, dass die Massen erneuerbaren Stroms aus dem regenerativen Norden abtransportiert und auch in anderen Sektoren wie der Wärmeversorgung oder der Mobilität eingesetzt werden können. Ebenso klar ist nun auch, dass wir mit dem bisherigen Tempo bei der Dekarbonisierung unseres Energieverbrauchs nicht die notwendigen Ziele zur Minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes erreichen werden, um die Erderhitzung auf einem noch erträglichen Maß zu halten. Um diese nächste Stufe der Energiewende nun zu zünden und vor allem dafür sorgen zu können, dass CO<sub>2</sub>-intensive Formen der Wärmeversorgung und Mobilität durch

den aus erneuerbaren Energien produzierten Strom ersetzt werden, brauchen wir dringend eine Reform der Abgaben und Umlagen im Energiebereich. Denn die eigentlich wichtige EEG-Umlage, die jahrelang die nötigen Mittel für die Förderung von regenerativen Stromerzeugungsanlagen vom Stromkunden eingeholt hat, sorgt jetzt dafür, dass Strom im Verhältnis zu den fossilen Energieträgern preislich benachteiligt wird. Dies liegt auch daran, dass CO<sub>2</sub> noch immer kein Preisschild hat und fossile Energieträger eben im Vergleich noch viel zu gering mit staatlichen Abgaben belastet werden.

Um dies zu ändern, haben wir als Jamaika-Koalition in Schleswig-Holstein einen Antrag in den Bundesrat eingebracht, der die Bundesregierung auffordert, die Abgaben und Umlagen auf Strom deutlich abzusensen und im Gegenzug die auf fossile Energieträger entsprechend ihres CO<sub>2</sub>-Beitrages neu zu bemessen. Damit würden etwa Heizungen oder Motoren, die auf Basis von erneuerbarem Strom betrieben werden (etwa über Wasserstoff bzw. andere Kohlenwasserstoffverbindungen, Energiespeicher oder Tauchsieder), nicht mehr benachteiligt und es könnte ein fairer Wettbewerb um die beste und nachhaltigste Energieform stattfinden.

Dass dieser Wettbewerb zu Gunsten der Erneuerbaren ausgehen wird, bezweifelt niemand mehr. Schon jetzt stehen Investor\*innen in Wartestellung, um die neue Stufe der Energiewende in die Praxis umzusetzen. Das würde uns auch zügig



von Gas, Öl und anderen Treibstoffen unabhängig machen. Klar ist dabei aber auch: Wer heute eben auf diese fossilen Energieträger angewiesen ist und nicht einfach wechseln kann, darf deshalb nicht einfach abgehängt werden. Stattdessen wollen wir die soziale Abfederung dieser Reform zum essenziellen Bestandteil machen. Teile der zusätzlichen Einnahmen könnten in öffentliche Sozialsysteme zurückfließen, als Pro-Kopf-Geld zurückgegeben werden oder bei besonders bedürftigen Personen weniger Kosten erhoben werden. Unterm Strich ist schon jetzt klar: Verbraucher\*innen würden bei dieser Reform grundsätzlich als Gewinner\*innen vom Platz gehen, denn die Einsparungen beim Strompreis würden bei den allermeisten Haushalten deutlich über den Mehrbelastungen bei fossilen Energieträgern liegen. Nun liegt der Ball bei der Bundesregierung, den Weg für unsere Reform freizumachen. Wir werden nicht müde, in diesem Jahr intensiv an allen Stellen dafür zu kämpfen.

**Text: Jan Philipp Albrecht,**  
**Foto: MELUND**

# DEINE ZUKUNFT: EUROPA. WIR KÄMPFEN FÜR KLIMASCHUTZ UND MENSCHENRECHTE

Text: Rasmus Andresen, Fotos: Fenja Hardel

Als schleswig-holsteinischer GRÜNER und als Zugehöriger zur dänischen Minderheit möchte ich mich mit meinen Schwerpunktthemen – Haushalt und Digitalisierung – und darüber hinaus für konkrete Projekte einsetzen, die europapolitisch wichtig sind und Schleswig-Holstein stärken.

Schleswig-Holstein tickt europäisch. In unserem Bundesland steckt viel Europa. Als Land zwischen den Meeren ist die Entwicklung in der EU für uns alle von besonderer Bedeutung. Klimaschutz, Migration oder Digitalisierung – für viele wichtige Themen wird die Europawahl entscheidend, aber auch für die konkrete Entwicklung Schleswig-Holsteins ist die Europawahl bedeutend.

Schleswig-Holstein braucht starke GRÜNE Stimmen in Brüssel. Unser GRÜNES Wahlziel ist ein historisch starkes Ergebnis, eine deutlich höhere Wahlbeteiligung und ein GRÜNES Europamandat für Schleswig-Holstein.

## Grenzüberschreitende Projekte statt Wildschweinzaun und Passkontrollen

Wildschweinzaun, unterschiedliche Auffassungen in der Migrationspolitik, Kürzungen auf dänischer Seite bei grenzüberschreitenden Studiengängen: die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist in den letzten Jahren ins Stocken geraten. Ich

bin in der dänisch-deutschen Grenzregion aufgewachsen und weiß, dass wir hier besser werden können: Der grenzüberschreitende Schienenregionalverkehr ist eine Katastrophe. Eine Förde S-Bahn für die 750.000 Menschen in der Grenzregion und viele Tourist\*innen würde die Grenzregion enger zusammenbinden.

Das Projekt STaRForCE zeigt, wie Auszubildende in Schleswig-Holstein und Dänemark erfolgreich in zwei Ausbildungssystemen lernen und einen Doppelabschluss erzielen können. Ich setze mich für eine Ausweitung dieser Programme ein. Ich möchte die Europa-Universität Flensburg zu einer europäischen Modellhochschule machen und gemeinsame deutsch-dänische Lehrstühle zu europäischen Zukunftsfragen einrichten.

## Erneuerbare Energien Union statt Kohle und Atom

Wir müssen europaweit raus aus Kohle- und Atomenergie. Der Norden war und ist Energiewendeland Nr. 1. Jetzt ist es an der Zeit, die Energiewende europäisch zu machen.

Ich mache mich für einen europäischen Green New Deal mit Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energien, die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer, mehr Energieeffizienz und eine Förderung intelligenter Speicher stark.



## Europäische Agrarwende - für eine klimagerechte und bäuerliche Landwirtschaft

Schleswig-Holstein und Landwirtschaft gehören für mich zusammen. Dabei müssen wir den Tier- und Umweltschutz im Blick haben. Der zentrale Hebel ist dabei die Umgestaltung der EU-Agrarsubventionen, die an Umwelt- und Tierhaltungsstandards gebunden werden müssen. Ich setze mich für ein sofortiges Verbot der giftigsten Pestizide ein, außerdem müssen die Zulassungsverfahren strenger, transparenter und unabhängig von den Konzernen gestaltet werden. Die Anzahl der gehaltenen Tiere muss der bewirtschafteten Fläche entsprechen und die Auflagen für Tiertransporte müssen deutlich strenger werden. So wie jetzt kann es nicht weitergehen!



### Einen Meeresschutzplan für die EU

Schleswig-Holstein ist das Land zwischen den Meeren und wir wissen, dass der Klimawandel konkrete Auswirkungen für uns haben wird. Wir müssen die 1,6 Mio. Tonnen Munitionsaltlasten aus Ost- und Nordsee entfernen. Wir müssen den Plastikmüll bis 2030 um 50 % reduzieren.

Ich will die EU-Mittel für den Meeresschutz massiv aufstocken, meerschädliche Subventionen aus dem EU-Haushalt streichen und einen gemeinsamen Ausstieg aus den Ölbohrungen in der Nordsee erreichen.

Der Zustand unserer Meere ist alarmierend und die Zeit der Ausreden muss endlich vorbei sein! Die Europawahl ist eine Klimawahl. Und wir GRÜNE sind die Klimapartei.

### Minderheiten- und Menschenrechtsunion

Ich schäme mich dafür, dass 2018 über 2000 Menschen im Mittelmeer gestorben sind. Wir brauchen die zivile Seenotrettung im Mittelmeer und humanitäre Asylstandards in ganz Europa! Ich will Kommunen und NGOs bei der Aufnahme von Menschen und der Integrationsarbeit unterstützen und sie dafür auf direktem Wege mit EU-Mitteln ausstatten. Wir können nicht noch länger die Augen verschließen. Fries\*innen, Dän\*innen und Sinti und Roma: Schleswig-Holstein ist das Land der Minderheiten. Sie zu schützen, muss Aufgabe der Europäischen Union sein. Deshalb fordere ich, das Thema Minderheiten bei einem\*r EU-Kommissar\*in anzusiedeln. Es ist für mich eine Herzens-


angelegenheit, die EU zur Minderheiten- und Menschenrechtsunion zu machen.

### Sozialfonds Grenzpendler\*innen

Viele Tausend Menschen pendeln täglich beruflich zwischen EU-Mitgliedstaaten, im deutsch-dänischen Grenzland sind es 13.000. Einige von ihnen rutschen, u.a. bei Erwerbsunfähigkeit, in Versorgungslücken und damit in die Armutsfalle. Es kann nicht sein, dass Grenzpendler\*innen – auch bei uns im Grenzland – schlechter sozial abgesichert sind als alle anderen. Die Beratungsstellen für Grenzpendler\*innen müssen besser ausgestattet werden. Außerdem fordere ich für Härtefälle einen EU-Sozialfonds, der unbürokratisch hilft.







„Das Wattenmeer, wie wir es kennen, wird es so bald nicht mehr geben. Es geht nicht darum, wie populär Entscheidungen sind, sondern dass wir endlich die Erderhitzung ausbremsen.“

## SILKE BACKSENS KLIMAKLAGE: „POLITIK MUSS MUTIG UND UNBEQUEM SEIN.“

Wer nach Pellworm reist, kommt an dem neuen, tidenunabhängigen Fähranläger an und gelangt erst über den zwei Kilometer langen Damm auf die Insel. Sich den Naturgewalten anzupassen, das ist man hier gewohnt. Auf den nordfriesischen Inseln lebt man nach dem Tidenkalender.

Die Naturgewalten, die in den vergangenen Monaten auf die Insulaner\*innen einwirkten, waren allerdings neu: Im Herbst 2017 begannen wochenlange Starkregenfälle. Teile Pellworms liegen unter Normalnull, die Insel ist ringsherum umgeben von einem Deich, der die Bewohner\*innen vor der Nordsee schützt. „Es fühlte sich an als säßen wir in einer Suppenschüssel, die mit Wasser vollläuft“, so beschreibt Silke Backsen den extremen Regen im Herbst und Winter. Danach fiel im Sommer kaum Regen, Pellworm litt unter einer Dürre: „Wir sind von einer Regenzeit nahezu nahtlos in eine Trockenzeit über-

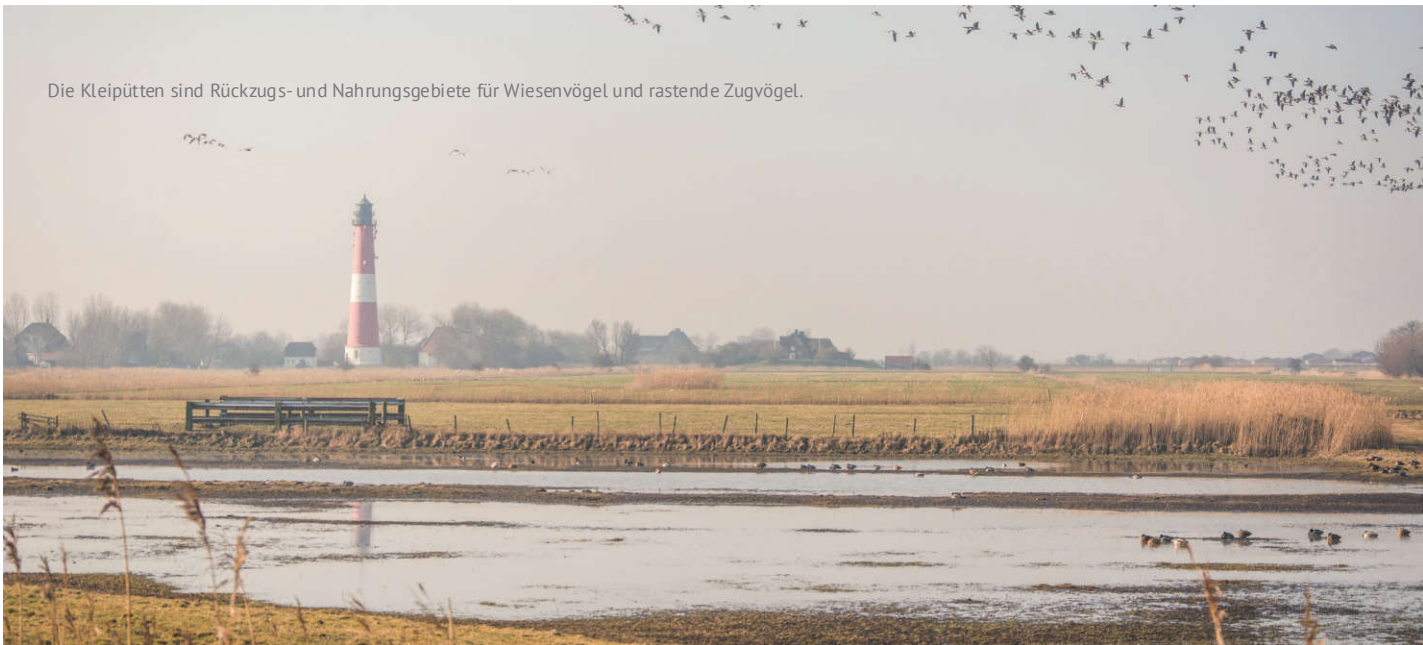
gegangen.“ Silke Backsen und ihre Familie verklagen gemeinsam mit Greenpeace e.V. und zwei weiteren Familien die Bundesregierung wegen ihrer Untätigkeit in Bezug auf die Klimakrise.

Die Biologin verbringt einen Großteil ihrer Zeit in der Natur und kennt die Insel seit Jahren ganz genau. In den letzten Jahren hat sie beobachtet, wie schnell Pellworm sich verändert: „Jahrelang hat die Bundesregierung viel zu wenig unternommen, um den Klimawandel aufzuhalten.“ Als sich die Chance zu einer Klage gemeinsam mit Greenpeace e.V. ergab, war die erste Reaktion dennoch: „Man kann doch nicht einfach so die Bundesregierung verklagen.“ Silke und Jörg Backsen berieten sich – vor allem gemeinsam mit ihren Kindern – am Küchentisch und sammelten Fakten bis deutlich wurde: Doch, kann man und muss man sogar. „Nachdem wir es einmal ausgesprochen hat-

ten und uns klar darüber waren, dass wir die Bundesregierung verklagen wollten, passierte etwas im Kopf. Plötzlich nahm ich jede Veränderung und Nachricht ganz anders wahr – und konnte noch weniger verstehen, weshalb einige Menschen diese Zeichen nicht sehen wollen und die Klimakrise leugnen“, stellt Silke Backsen fest.

Aufgrund des steigenden Meeresspiegels müssen irgendwann die Deiche auf Pellworm erhöht werden, sie ragen dann weiter ins Landesinnere, auch in die Kleipütten: Kleipütten sind Gewässer, die entstanden sind, nachdem dem Marschboden Klei zum Deichbau entnommen wurde. Diese Gewässer sind Rückzugs- und Nahrungsgebiete für Wiesenvögel und rastende Zugvögel sowie Brutplätze für einige Vogelarten. Außendeichs hat die Häufigkeit der Sommer-Hochwasser zugenommen, so dass zum Beispiel die Gelege der Austernfischer bereits im Mai weggespült

Die Kleipütten sind Rückzugs- und Nahrungsgebiete für Wiesenvögel und rastende Zugvögel.



werden: „Das Wattenmeer, wie wir es kennen, wird es so bald nicht mehr geben.“ Die Backsens sind von der Klimakrise mehrfach betroffen: Zum einen als Insulaner\*innen, zum anderen als Bio-Landwirt\*innen mit Grün- und Ackerland, mit Rindermast und Schafhaltung. „Wir gelten momentan mit unserer Klage als Speerspitze einer Bewegung, das wollen wir gar nicht sein. Wir möchten, dass sich uns möglichst viele Menschen anschließen. Der Rechtsweg, den wir bestreiten ist ganz neu. Sollten wir damit Erfolg haben, was wir hoffen, sehen wir das aber nicht als persönlichen Erfolg: Wir möchten endlich, dass an den großen Stellschrauben gedreht wird“, so Silke Backsen. Was sie sich wünscht? „Eine mutige Politik, die etwas wagt und auch unbequem ist: In der Klimakrise geht es nicht mehr darum, wie populär Entscheidungen sind, sondern dass wir endlich handeln und die Erderhitzung ausbremsen!“

**Text und Fotos: Fenja Hardel**

## Wie ihr die Klimaklage unterstützen könnt

Familie Backsen verklagt gemeinsam mit Greenpeace e.V. und zwei weiteren Familien die Bundesregierung. Dafür benötigen sie Unterstützung. Menschen, die ihren Wohnsitz in Deutschland haben und unmittelbar von der Klimakrise betroffen sind, können Beigeladene\*r der Klimaklage werden – dadurch entstehen keine Kosten oder Pflichten. Betroffen sind zum Beispiel Menschen, die

- unter Herz- und Kreislauferkrankungen leiden, die sich durch Hitze verschlimmern
- an der Küste, einer Insel oder Hallig oder an Flüssen leben und von Sturmfluten, Überschwemmungen oder Erosionen bedroht werden
- Wald besitzen und von der Trockenheit und/oder Waldbränden betroffen waren/sind genauso wie Landwirt\*innen, die durch das extreme Wetter von Ernteausfällen betroffen waren/sind
- die bereits in der Vergangenheit von Extremwetterereignissen existenziell geschädigt wurden

Treffen ein oder mehrere Punkte auf euch zu? Dann legt eure Betroffenheit bei Greenpeace e.V. dar und unterstützt die Klimaklage!

Alle Infos und den Antrag auf Beiladung findet ihr unter:  
[greenpeace.de/klimaklage-aktuell](https://greenpeace.de/klimaklage-aktuell)





**„Wir spielen nicht nach den Regeln derjenigen, die mit ihren Regeln gerade unsere Zukunft verspielen. Es ist unsere Aufgabe unangenehm zu sein!“**



## DER JUNGE MANN UND DAS MEER

Jakob Blasel fährt schnell mit seinem Fahrrad auf den Vorplatz des Kieler Schifffahrtsmuseums und ist aus der Puste: Bis eben saß er noch in der Schule. Neben seinen Abi-Vorbereitungen absolviert er in diesen Wochen ein straffes Programm. Als einer der Initiatoren der Fridays for future-Bewegung geht es nicht mehr nur darum, die Proteste in Kiel zu organisieren, mittlerweile reißen sich auch die Medien um den 18-jährigen.

Es nieselt schon den ganzen Tag, das ist nicht ungewöhnlich für Kiel. Was in diesem Winter jedoch ungewöhnlich war, waren die zwei Sturmfluten, die den Platz, auf dem wir gerade stehen, überschwemmten. Die Schäden, die sie anrichteten, sind überall an den Stegen und Kaimauern sichtbar. Städte wie Kiel, die so sehr vom Wasser geprägt sind, werden die Auswirkungen des Klimawandels unmittelbar zu spüren bekommen: Die Wetterextreme nehmen in ihrer Häufigkeit und Intensität zu.

An der Mauer ist eine Pegelstandsanzeige angebracht, die Jakob nachdenklich macht: „Das, was wir gerade erleben, ist erst der Anfang. Ich fürchte mich vor krassen Konflikten um Ressourcen – und sehe ganz konkret meine Lebensgrundlage bedroht.“ Es sind diese Ängste und auch die Frustration darüber, dass sie selbst ihren Konsum verändern, aber zu wenige mitziehen, die die jungen Aktivist\*innen antreiben, jeden Freitag zu streiken, anstatt zur Schule zu gehen. Dass die Demos auch samstags außerhalb der

Schulzeit stattfinden könnten, ist für Jakob kein Argument: „Was sollen wir denn vor einem leeren Landtag protestieren? Unser Ziel ist ja, die Dringlichkeit unserer Forderungen deutlich zu machen – dafür brauchen wir die Aufmerksamkeit.“

Begonnen hat alles mit Greta Thunberg, die vor dem schwedischen Parlament ein Schild mit der Aufschrift: „Skolstrejk för klimatet“ („Schulstreik für das Klima“) platziert hatte. Gretas Protest schwappte auch nach Deutschland: Am Montag, den 10. Dezember, entwickelte sich die Idee, vor dem Kieler Landeshaus zu demonstrieren. Gerechnet hatten Jakob und seine Freund\*innen mit 20 Teilnehmenden. Als es dann am darauf folgenden Freitag zum ersten Schulstreik in Kiel kam, standen rund 500 Schüler\*innen vor dem Parlament. Seitdem wächst die Bewegung stetig.







Jakob Blasel beim Globalen Klimastreik in Kiel am 15. März 2019.

Am 15. März fand der „Global Climate Strike“ statt. In über 120 Ländern gingen Kinder, Jugendliche und Erwachsene auf die Straße, über 10000 Menschen allein in Schleswig-Holstein. „Wir mischen uns aktiv in den demokratischen Prozess ein und übernehmen auch als Einzelpersonen Verantwortung für unser Handeln“, sagt Jakob.

Als Mitorganisator hat er in den letzten Wochen – neben dem Schulstress – vieles gelernt: Botschaften auf den Punkt zu bringen, den Umgang mit Medien und Kommunikationsstrukturen zum Beispiel. Die jungen Menschen organisieren ihren Protest in über 160 WhatsApp-Gruppen: jede für einen Ort und darüber hinaus noch diverse für die Orga-Arbeit. Presse, Social Media, Finanzen – all' die Bereiche müssen neben den Protesten im Hintergrund geregelt werden. „Unsere Aktionen müssen fruchten, damit daraus endlich Taten der Politik und Wirtschaft folgen“, betont Jakob. Unterstützt werden die Proteste mittlerweile auch von Erwachsenen: Parents for Future, Scientists for Future sowie verschiedenen NGOs. „Die Zeit läuft ab – bis 2030 müssen wir klimaneutral werden. Wir brauchen also ganz grundsätzliche, abrupte Veränderungen“, fordert Jakob: „Selbst das Programm der GRÜNEN reicht nicht aus, um dieses Ziel zu erreichen. Da ist noch viel Luft nach oben! Insbesondere von GRÜNEN-Wähler\*innen und -Mitgliedern verlange ich auch ein Umdenken: Flüge, Fleisch, Stromversorgung – jede\*r Einzelne muss sich auch an die eigene Nase fassen.“

In den vergangenen Wochen hatten Jakob und andere Protestierende mehrmals die Gelegenheit mit Politiker\*innen zu sprechen: „Ich habe gelernt, dass vieles in der Politik festgefahren ist und sich nicht von heute auf morgen ändern lässt. Umso wichtiger, dass wir heute damit anfangen!“ Würde Jakob auch mit Donald Trump reden? „Am liebsten nicht“, lacht er „Bei Menschen wie Trump ist das Problem, dass wir ihnen erst einmal klar machen müssten, dass die Klimakrise existent ist und wir diese ernste Bedrohung genauso benennen müssen.“

Dann mach' es doch selbst besser – das hört Jakob immer wieder, auch von Holger Lösch, dem stellvertretenden Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie: „Mach' ein dickes Abitur, studiere was und bringe dann die technologischen Lösungen, die wir brauchen“, das waren Löschs Worte an Jakob bei der Sendung „hart, aber fair“. „Das ist zu spät“, entgegnete Jakob damals und fügt heute hinzu „Wir haben diese angebrachte Ungeduld, weil wir keine Zeit haben, jetzt erst einmal alle Klimaforscher\*innen zu werden. Davon gibt es auch schon genug, die Politik muss nur auf sie hören! Lösungen zu liefern, das ist nicht die Aufgabe von uns Schüler\*innen: Das ist die Aufgabe der Politik – dafür zu sorgen, dass auch meine Generation eine Zukunft hat.“

**Text und Fotos:**  
**Fenja Hardel**

# fördewind

Die Grüne Landtagsfraktion

Liebe Freund\*innen,



**Eka von Kalben**  
Fraktionsvorsitzende

wieder einmal steht eine Wahl vor der Tür: die Europawahl. In der Vergangenheit ließ die Wahlbeteiligung stark zu wünschen übrig. Vielen Menschen ist noch immer nicht klar, wie viele wichtige Entscheidungen für uns und unsere Umwelt in Brüssel getroffen werden. Entscheidungen, die wir oftmals ganz konkret in unserem Alltag spüren oder noch spüren werden – wie zum Beispiel das Plastikverbot ab 2021 für diverse Produkte wie Einweggeschirr und –besteck, Trinkhalme und Wattestäbchen. Aber auch die EU-Gleichstellungsrichtlinie, Vorgaben zur Feinstaubbelastung und Nitratreinbringung, die Abschaffung der Roaming-Gebühren innerhalb der EU, die Tatsache, dass wir griechischen Joghurt und spanischen Wein kaufen können, ohne dass Zölle diese Waren künstlich verteuern, und dass auch wir uns frei innerhalb der EU bewegen können, prägen unseren Alltag.

den – wie zum Beispiel das Plastikverbot ab 2021 für diverse Produkte wie Einweggeschirr und –besteck, Trinkhalme und Wattestäbchen. Aber auch die EU-Gleichstellungsrichtlinie, Vorgaben zur Feinstaubbelastung und Nitratreinbringung, die Abschaffung der Roaming-Gebühren innerhalb der EU, die Tatsache, dass wir griechischen Joghurt und spanischen Wein kaufen können, ohne dass Zölle diese Waren künstlich verteuern, und dass auch wir uns frei innerhalb der EU bewegen können, prägen unseren Alltag.

Auf europäischer Ebene kann also einiges erreicht und könnte noch viel mehr getan werden, was auf den folgenden Seiten sowohl in Bernd Voß Artikel zur Energiewende in Europa, Rasmus Andresens Artikel zur beispielhaften Zusammenarbeit von Deutschland und Dänemark und meinem Artikel zur europäischen Bewegung für den Klimaschutz deutlich wird.

Lasst uns deshalb in den kommenden Wochen alle gemeinsam in einem engagierten Wahlkampf unseren Teil dazu beitragen, dass Europa ökologischer,

sozialer und weltoffener wird. Jede Stimme für Grün bringt mehr Grüne Ideen nach Brüssel. Jede Stimme für Grün hilft, den erstarkten Rechtspopulist\*innen in ganz Europa ein parlamentarisches Gegengewicht zu verleihen. Und natürlich hilft jede Stimme für Grün auch unserem Kandidaten Rasmus Andresen, in das



Gefüllte Beschlüsse werden auch ganz konkret in unserem Alltag zu spüren sein, wie zum Beispiel das Plastikverbot ab 2021.

EU-Parlament einzuziehen. Ich drücke ihm fest die Daumen – auch wenn er uns im Landtag sehr fehlen wird.

Nun aber erst mal viel Freude beim Lesen und bis bald an Euren Wahlkampfzügen!

Eure

*Eka*

## Impressum

**grüne welle:** Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Schleswig-Holstein, Alter Markt 9 (Zugang Haßstr. 3-5), 24103 Kiel, Telefon 0431 59338-0, E-Mail: [info@sh-gruene.de](mailto:info@sh-gruene.de), [www.sh-gruene-partei.de](http://www.sh-gruene-partei.de) | Redaktion und Gestaltung: Fenja Hardel

**fördewind:** Grüne Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Düsterbrookweg 70, 24105 Kiel, Telefon 0431 988-1500, E-Mail: [fraktion@gruene.lsh.de](mailto:fraktion@gruene.lsh.de), [www.sh-gruene-fraktion.de](http://www.sh-gruene-fraktion.de), [facebook.com/gruenesh](https://facebook.com/gruenesh) | Redaktion: Ole Liepolt (V.i.S.d.P.) | Gestaltung: Bettina Aust.

**berlin-report:** Luise Amtsberg, Dr. Konstantin von Notz, Ingrid Nestle, Platz der Republik 1, 10111 Berlin | Redaktion und Gestaltung: Katharina Bartsch.

April 2019



# ENERGIEWENDE IN EUROPA GESTALTEN

Europas Energieversorgung basiert derzeit zu 87 Prozent auf den Energieträgern der Vergangenheit: auf den fossilen Brennstoffen Kohle, Öl und Gas sowie Atomenergie. In Deutschland beträgt der Anteil immer noch bis zu 86 Prozent. Eine ganze Reihe von Ländern Europas setzen, gestützt von dem Euratomvertrag der 50'er Jahre, immer noch auf die Hochrisikotechnologie der Atomkraft.

Wir Grüne haben für den Atomausstieg in Deutschland die Mehrheiten bekommen. In Europa werden wir ihn weiter vorantreiben.

Ihren Energiemix bestimmen die europäischen Staaten selbst. Bei uns konnten so die erneuerbaren Energien Einzug halten und die Energiewende einläuten. Nur wenn wir mit großen Schritten vorangehen, ziehen wir andere in Europa mit. Die Unterschiede sind auch in den Sektoren groß: So basiert bei uns in Schleswig-Holstein die Wärmeversorgung gerade mal zu 15 Prozent auf erneuerbaren Energien, im benachbarten Dänemark sind es über 50 Prozent.

Europas Energienetze wachsen zusammen: Es muss endlich mehr erneuerbarer und CO<sub>2</sub>-freier Strom in

unsere Netze, grüne sowie klimaneutrale Gase in den Pipelines transportiert und gespeichert werden. Im Verbundnetz können wir uns gut mit den Wasserspeichern in Gebirgen, Sonne im Süden und Wind im Norden ergänzen. Europa hat viel Power zu bieten. Wenn wir das gemeinsam nutzen und dabei regionale Energieverbünde stärken, können wir 100 Prozent Erneuerbare bis 2050 schaffen.

## EU-Winterpaket „Clean Energy for all Europeans“

Mit dem „Winterpaket“ oder „Clean Energy For All Europeans-Package“ kann sich kein Land mehr vor seiner Verantwortung für das Erreichen der europäischen Klimaschutzziele wegdrücken.

Die EU strebt bis 2030 drei wesentliche Verbesserungen im Vergleich zu 1990 an:

- I) Reduktion der Treibhausgasemissionen um 40 Prozent,
- II) 32 Prozent erneuerbare Energien am Gesamtenergieverbrauch (2016: 17 Prozent),
- III) 32,5 Prozent mehr Energieeffizienz.

In der „Governance-Verordnung“ sind die Berichtspflichten und die Konsequenzen zu den nationalen Beiträgen zum Klimaschutz festgehalten. Hinzu kommen in dem Gesetzespaket Richtlinien zu erneuerbaren Energien, Energieeffizienz, Gebäudeenergieeffi-



**Bernd Voß**  
energiepol. Sprecher

zienz und für den gemeinsamen Strommarkt. Damit ist ein gemeinsamer Rahmen für gemeinsame Ziele geschaffen.

#### Für eine schnelle Energiewende in Europa

Drastische Emissionsreduktionen liegen im ureigenen Interesse der europäischen Staaten. Ein ungebremster Klimawandel hat nicht nur Folgen für die Küsten und den Agrarsektor der Union oder den Wasserhaushalt Südeuropas, sondern auch für die unvorhersehbare Entwicklung der Klimageflüchteten an den Außengrenzen Europas. Ernsthafter Klimaschutz ist Stabilitäts- und Sicherheitspolitik in einem.

Energiewende und Klimaschutz sind auch in Europa unsere einzige ökonomische Perspektive. Erneuerbaren Energien setzen bereits über 1,4 Millionen Menschen in Lohn und Brot. Wir können viele Milliarden

Euro für den Einkauf nuklearer und fossiler Energieträger einsparen.

Die Energiewende muss für den Zusammenhalt, die Sicherheit und die dezentrale Wirtschaft in Europa stehen.

Wir haben mit der Energiewende in Europa gerade erst angefangen. Damit es schneller voran geht, hilft starker Rückenwind europäischer und internationaler Bewegungen wie „Fridays for Future“.

Auch Wissenschaftler\*innen (Scientists For Future – 23.000 Unterzeichner\*innen im deutschsprachigen Raum) und Ökonom\*innen (3.000 Unterzeichner\*innen für einen CO<sub>2</sub>-Preis in Nordamerika) fordern eine verantwortungsvollere Umwelt- und Klimapolitik.

**Die Wahlen am 26. Mai sind entscheidend für den weiteren Weg der Energiewende in Europa.**

## MEHR GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT STATT WILDSCHWEINZAUN UND GRENZKONTROLLEN



**Rasmus Andresen**  
europapol. Sprecher

Die Zukunft Europas wird seit Jahren diskutiert und neu definiert. Europa steht an einem Scheideweg:

Nationaler Egoismus versus gemeinsame Europäische Zukunft – das ist die zentrale Frage, um die es in diesem Jahr geht.

Wir Schleswig-Holsteiner\*innen wissen, wovon wir reden, wir haben Erfahrung mit grenzübergreifendem Zusammenleben. Das deutsch-dänische Grenzland ist ein Musterbeispiel europäischer Integration. Zusammen sind wir mehr als die Summe der einzelnen Teile. Wir waren Teil Dänemarks und umgekehrt, unsere Geschichte ist im europäischen Kontext interessant.

Nach vielen Kriegen und Konflikten wurde 1920 die Grenzziehung durch eine Volksabstimmung, ein demokratisches Verfahren, und nicht als Folge eines Krieges bestimmt. Die daraus entstandenen jeweiligen Minderheiten sind auf beiden Seiten der Grenze gleichgestellt.

In den letzten 100 Jahren hat sich ein gemeinsames Flechtwerk mit Schwerpunkten im Bereich der Wirtschaft, der Infrastrukturplanung, der Zusammenarbeit in Bildung und Forschung sowie der grenzüberschreitenden Mobilität und Kultur entwickelt. Über gemeinsame Vereinbarungen wurde der Status und die wechselseitige Anerkennung der deutschen und dänischen Minderheiten auf beiden Seiten dauerhaft gesichert. Wir machen seit Jahrzehnten gute Erfahrungen mit den INTERREG-Programmen. Gemeinsam haben Schleswig-Holstein, die Bundesrepublik Deutschland und Dänemark das Europäische Zentrum für Min-



derheitsfragen in Flensburg gegründet und mit dem Kulturfokus haben wir gemeinsam eine Dachmarke des Kulturportals der deutsch-dänischen Grenzregion geschaffen.

Enge nachbarschaftliche Zusammenarbeit mit Dänemark ist unverzichtbarer Bestandteil der Europapolitik unseres Landes. Schleswig-Holstein ist nicht

grenzüberschreitenden Studiengängen haben unser deutsch-dänisches Grenzland in der Entwicklung gebremst.

Anstatt wirkungsloser Abschottung wollen wir konkrete, grenzüberschreitende Projekte voranbringen: Grenzenlose Mobilität mit einer Förde-S-Bahn Esbjerg–Niebüll–Flensburg–Sønderborg. Mehr



*Grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist bei uns im Norden nichts Neues.*

nur Brücke zwischen Deutschland und Dänemark, sondern gewinnt Chancen auf Wachstum, Beschäftigung und Gestaltungskraft aus dieser Nachbarschaft. Allerdings ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den letzten Jahren ins Stocken geraten. Der Wildschweinzaun, unterschiedliche Auffassungen in der Migrationspolitik und dänische Kürzungen bei

grenzüberschreitende Ausbildung, eine Europauniversität, in der grenzüberschreitende Studiengänge ausgebaut werden. Mehr grenzüberschreitenden Natur- und Meeresschutz und mehr soziale Sicherheit für Grenzpendler\*innen durch einen Grenzpendler\*innenfonds, denn leben und arbeiten in Europa darf nicht an bürokratischen Grenzen scheitern.

# DAS ZIEL VERBINDET - EINE EUROPÄISCHE BEWEGUNG FÜR MEHR KLIMASCHUTZ



*Im Wasser produziert primär Plastikmüll aus Polyethylen (also dem Kunststoff, der in vielen Plastiktüten und anderen Wegwerfprodukten steckt) Treibhausgase wie Methan und Ethylen. Bei hunderten Millionen Tonnen Plastik pro Jahr kommt dadurch eine Menge zusammen. Wie stark damit zum Klimawandel beigetragen wird, z.B. im Vergleich zu anderen Methanquellen wie der Viehzucht, wird derzeit noch untersucht.*



**Eka von Kalben**  
**Fraktionsvorsitzende**

Die Welt steht Kopf! Das passiert zwar in der Menschheitsgeschichte immer mal wieder, aber im Moment ist die Verhältnismäßigkeit doch außerordentlich aus den Fugen geraten. Ein Zitat auf Twitter, das ich neulich sah, fasst die Situation ganz gut zusammen: „Schüler gehen nicht zum Unterricht: Es gibt Regeln. Autokonzerne halten sich nicht an die Regeln: Können wir die Regeln nicht ändern? Rentner haben Angst vor Flüchtlingen: Müssen wir ernst nehmen. Kinder haben Angst vor Umweltzerstörung: Die haben doch keine Ahnung ...“. Dieser Tweet stammt von Christian Reinboth, CDU-Parteimitglied. Und ich muss ihm recht geben: Bei Umwelt und Klimaschutz weicht die Regierung der Debatte aus.

Die ökologischen Herausforderungen sind deswegen derzeit so besonders dringend, weil ihre Nichtbeachtung zu einem Kollaps führen würde, der auch den Menschen nicht ausspart. Diese Herausforderungen sind neben dem menschengemachten Klimawandel zum Beispiel auch die Ozeanversauerung, der Verlust der biologischen Vielfalt, die Gefährdung durch Schadstoffe wie Plastikabfall und Kernbrennstoffe sowie der Verlust von Phosphor in unseren Böden, der für die Landwirtschaft und somit unsere Ernährungssicherheit essenziell ist.

Soviel zur Problemlage. Aber was machen wir denn nun? Unsere einzige Chance ist es, uns einzumischen. Ich bin deswegen sehr beeindruckt vom Engagement der jungen Leute, die jeden Freitag für ihre Zukunft auf- und eintreten. Ich finde das mutig und absolut gerechtfertigt!

Der [#fridaysforfuture](#)-Bewegung haben sich jetzt auch noch die [#parentsforfuture](#) und die [#scientistforfuture](#) angeschlossen. Diese soziale Bewegung wird so schnell nicht abbrechen und ich bin dankbar dafür. Wir brauchen diesen Aufstand als Motor für unsere Politik.

Derartige soziale Bewegungen braucht es auch in Europa gerade mehr denn je. Der Zusammenschluss von Schüler\*innen über Grenzen hinweg ist vorbildhaft. Zusammen mit den Wissenschaftler\*innen und Eltern agieren sie ganz im Sinne des Leitspruchs Europas ‚In Vielfalt geeint‘.

## Was sagen uns die Klimaproteste in Bezug auf Bildung für nachhaltige Entwicklung?

Bildung und Informationsbeschaffung sind die Basis für politisches Engagement. Aufgabe einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist es unter anderem, große Themen wie den Klimawandel auf konkrete Handlungsmaßnahmen runter zu brechen: Was kann jede\*r einzelne tun, was muss die Politik tun, was muss die Wirtschaft tun - und ich will hier auch die Medien und die Wissenschaft mit einschließen. Alle müssen ihren Beitrag leisten. Mit dem Finger auf andere zu zeigen, bringt am Ende keinem etwas.

Noch können wir mit Freude und Enthusiasmus eine nachhaltige Welt mitgestalten. Dafür haben wir in Schleswig-Holstein konkrete Maßnahmen verabredet und lassen nicht locker.

# berlinreport

Luise Amtsberg, MdB

## Europäische Union - europäische Verantwortung

**Bei meiner Reise auf die Insel Lesbos habe ich den EU-Hotspot Moria und das Flüchtlingslager Kara Tepe besucht.**

„We are the frontline of the EU Countries, we represent the EU-Citizens and countries and we feel this heavy duty“, Stavros Migroianis führt Claudia Roth und mich durch das kommunale Flüchtlingslager Kara Tepe auf der griechischen Insel Lesbos.

2015, bei meinem ersten Besuch auf Lesbos, habe ich ihn bereits kennengelernt. Damals kamen täglich hunderte Geflüchtete auf Lesbos an und die Inselbewohner leisteten Unglaubliches. „We don't talk, we just do“ war Stavros Antwort auf die Frage, wie man die chaotische Situation in den Griff kriegen kann, ruhig und gefasst.

Vier Jahre später ist ihm und seinen Kollegen gelungen, was der EU-Hotspot Moria an allen Ecken und Enden vermissen lässt: Eine menschenwürdige Unterkunft für Schutzsuchende. Bereits atmosphärisch steht dieser Ort im krassen Gegensatz zu Moria. Hier steht die Würde des Menschen, unabhängig von Herkunft, Sprache, Geschlecht oder religiöser Zugehörigkeit im Fokus. Stavros führt uns durch die großen Gemeinschaftsküchen. Es riecht nach Gewürzen, aus den Töpfen dampft es. Anders als im Hotspot, wo ein vom Militär beauftragter Caterer zwei Mal täglich Essen ausgibt, dürfen die Menschen in Kara Tepe für sich und ihre Kinder selbst kochen. Ein wichtiger Beitrag für die Würde und das Wohlbefinden der Schutzsuchenden.

Die Unterschiede zu Moria sind unzählig: Die Kinder

in Kara Tepe besuchen eine Schule, dürfen an Musik- und Kunstunterricht teilnehmen, es gibt sinnvolle Aufgaben und ein Kulturprogramm, kleinere Aufführungen und Konzerte.

Und ich denke nur: „Da muss die EU hin. Das muss doch zuschaffensein!“ Eine Erstaufnahmeeinrichtung, die Schutzsuchende tatsächlich schützt, sie auffängt und ihnen eine Perspektive bietet. Denn zentraler Bestandteil einer humanen Flüchtlings-politik ist, dass Asylsuchende nicht an den Außen-grenzen Europas allein gelassen, sondern zuverlässig erstversorgt werden, bevor eine Verteilung in einen EU Mitgliedsstaat erfolgt. Essenziell dafür ist eine wirklich umfassende finanzielle, infrastrukturelle und personelle Ausstattung der europäischen Erstaufnahmeeinrichtungen. Die Einhaltung menschenrechtlicher Standards muss dabei stets kontrolliert werden.

Was sich jedoch seit Jahren in den europäischen Hotspots abspielt, ist das Gegenteil davon. Moria, als nur eines von vielen Beispielen, ist ein Lager aus nicht winterfesten Zelten und Containern, umzäunt mit Stacheldraht, selbst zwischen den eingezäunten Bereichen, stehen Zelte, weil das Lager so überfüllt ist. Die Sanitäreinrichtungen verdienen ihren Namen nicht. Es werden in diesem Lager Kinder geboren, aber es gibt keine Schule. Es gibt keine Privatsphäre, weil in einem Container zehn Menschen oder mehr untergebracht sind.





Behelfsmäßig werden überall Fließdecken und Planen aufgehängt um einen kleinen Rückzugsbereich zu schaffen. Es gibt kleine Feuerstellen, auf denen Bewohner das ausgegebene Essen ein zweites Mal kochen, weil es mal wieder halb roh geliefert wurde. Im Sommer ist es in den Zelten unerträglich heiß, im Winter ist alles feucht, klamm und kalt. So kalt, dass Menschen erfrieren.

Zustände wie in Moria sind mit den Werten Europas nicht vereinbar und müssen dringend beendet werden. Die EU muss darüber hinaus dafür sorgen, dass nach der Erstaufnahme eine schnelle und faire Verteilung der Geflüchteten auf alle EU-Staaten entsprechend ihrer Kapazitäten erfolgt.

Als Stavros mir zum Abschied die Hand reicht, frage ich ihn, ob er den Menschen in Deutschland noch etwas sagen möchte.

Nach kurzem Nachdenken antwortet er:  
**„Let's stay together- Let's stay united! And we can do many, many good things for our future!“**

*Luise*

Fotos: Marco Fischer

Im illegalen Camp Olive Grove hilft die Menschenrechtsorganisation „Movement on the ground“ den Menschen mit praktischen Maßnahmen wie beispielsweise das Planieren der Schlammwege im Hain. Sie verbessert die Lebensbedingungen der dort ausharrenden Schutzsuchenden. Hier könnt ihr sie unterstützen: [movementontheground.org](http://movementontheground.org)



Konstantin von Notz

## Reichsbürger enttarnen - Rechte Strukturen und Netzwerke aufdecken

Rassistische, rechtspopulistische und rechtsextreme Kräfte verbreiten Hass und Hetze. Die seit einiger Zeit zu beobachtende Enthemmung bei Worten und Taten gibt Anlass zu größter Sorge. Menschenfeindliches Gedankengut ist heute längst nicht nur ein Problem der „rechten Ränder“, sondern sickert tief in die Mitte unserer Gesellschaft ein. Dem müssen wir uns gemeinsam entschlossen entgegenstellen.

Es ist Aufgabe aller demokratischen Kräfte, einer Spaltung der Gesellschaft gemeinsam entgegenzuwirken. Nie-mand darf sich sicher dabei fühlen, wenn er andere menschenverachtend verhetzt und Menschen wegen ihrer Herkunft, ihres demokratischen Engagements, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religion, ihrer Obdachlosigkeit oder einer Behinderung beleidigt, bedroht und angreift.

In Bund und Land sind wir es, die immer wieder umfassende Strategien gegen Rechts vorlegen. Dabei nehmen wir auch Entwicklungen und Szenen in den Blick, die enge Verbindungen zum Rechtsextremismus aufweisen, aber dennoch bislang nicht zum rechtsextremen Spektrum gezählt werden. Hierzu gehören Bewegungen wie Pegida, genauso wie rechte Hooligans oder Kampfsportler.

Seit langem machen wir auch auf die Gefahren aufmerksam, die von der „Reichsbürger“-Bewegung ausgehen. Von der Bundesregierung viel zu lange als „Spinner“ abgetan, wird immer deutlicher, welches Gefahrenpotential von den rund 19.000

Menschen ausgeht, die dieser Szene zugerechnet werden. „Reichsbürger“ lehnen nicht nur staatliche Strukturen ab, sondern sind zudem oft bewaffnet.

Erst nach dem Mord an einem Polizeibeamten durch einen „Reichsbürger“ im Oktober 2016 änderte sich die Wahrnehmung der Bundesregierung. Seit 2017 wird das Gefahrenpotential der „Reichsbürger“ endlich näher untersucht. Nach wie vor tut sich die Bundesregierung sehr aber schwer damit, „Reichsbürger“ als rechtsextrem einzustufen, was zu gravierenden Fehlern hinsichtlich der Erkennung rechter Netzwerkstrukturen führt.

„Reichsbürger“ sind längst zu einer echten Gefahr für Demokratie und Rechtsstaat geworden. Darauf haben wir gerade noch einmal bei Veranstaltungen in Berlin und in meinem Wahlkreisbüro hingewiesen. Durch eine Reihe von parlamentarischen Anfragen konnten wir zudem wichtige Details zum Personenkreis, dem hohen Bewaffnungsgrad, der Rolle von Reichsbürgern in rechtsextremen Netzwerken und den von ihnen begangenen Straftaten der Öffentlichkeit zugänglich machen. Auch weiterhin werden wir gemeinsam mit der grünen Landtagsfraktion an diesen wichtigen Themen arbeiten und rechte Strukturen und Netzwerke aufdecken.

Gerne komme ich auch zu Veranstaltungen hierzu in Eure Kreis- und Ortsverbände.

*Euer Konstantin*

Vielfältige Informationen zu unseren Aktivitäten gegen „Reichsbürger“ findet Ihr hier: [von-notz.de/rubrik/reichsbuerger/](http://von-notz.de/rubrik/reichsbuerger/)



Ingrid Nestle

## In 5 Wochen wählt Europa.

Liebe Freundinnen und Freunde, in gut fünf Wochen wählt Europa. Es ist eine richtungsweisende Wahl. Es geht um die Frage, was für ein Europa wir in Zukunft sein wollen. Wollen wir ein ängstliches und sich abschottendes Europa sein, das auf Kosten zukünftiger Generationen wirtschaftet und in der sich die Starken und Lauten durchsetzen? Oder wollen wir tolerant und weltoffen sein und die vor uns stehenden ökologischen Herausforderungen auch immer vor dem Hintergrund globaler Gerechtigkeitsfragen bewältigen? Letztlich wäre der ängstliche Weg sogar der gefährlichere, weil er die Folgen der Klimakrise nicht Ernst nimmt.

Für mich persönlich war und ist Europa das Versprechen von Frieden, Wohlstand und Solidarität. Leider konnte die EU dieses Versprechen in den letzten Jahren oftmals nicht einlösen. Zum Beispiel siegten nationale Egoismen anstelle einer fairen Verteilung von Geflüchteten. Aber auch in der Energie- und Klimapolitik wurden nationale Interessen viel zu häufig über gemeinsame Lösungsansätze gestellt.

Mit Europa verbinde ich auch die Freiheit unkompliziert zu reisen. Im letzten Jahr führten die Reisen mit

dem Nachtzug mich zum Beispiel nach Wien zum Parlamentarier-Treffen für Erneuerbare Energien und nach Kattowice zur Weltklimakonferenz. Die Möglichkeit ohne Einschränkungen in befreundete Nachbarländer zu reisen und mich dort mit den Menschen vor Ort auszutauschen, ist für mich von unschätzbarem Wert. Umso mehr enttäuscht und irritiert es mich, dass es in Europa wieder vermehrt Grenzkontrollen gibt.

Dabei kann Europa so viel mehr, wenn es zusammenarbeitet. Das zeigt nicht zuletzt der Energiebereich. Zwischen Mitgliedsstaaten wird über Grenzen hinweg Strom gehandelt und Kapazitätsengpässe in einzelnen Ländern können ausgeglichen werden. So geht auch die Energiewende leichter.

Ich wünsche mir, dass auch die Generation meiner Kinder und darauffolgende Generationen von den vielen europäischen Errungenschaften profitieren und Europa lieben lernen.

Dafür lohnt es sich zu kämpfen – nicht nur bis zum 26.05., sondern weit darüber hinaus!

Eure Ingrid



facebook.com/gruenesh



instagram.com/gruenesh



twitter.com/gruene\_sh

### Material bestellen

Im e-Shop [eshop.gruene.de](http://eshop.gruene.de) des Bundesverbandes können Orts- und Kreisverbände eine Menge Material zum Europawahlkampf bestellen. Kreisverbände haben außerdem die Gelegenheit, über den Landesverband Material zu Rasmus Andresen zu beziehen.

### Online auf uns aufmerksam machen unter den Hashtags #deinezukunft #europa

Der hauptsächliche Wahlkampf findet immer noch auf der Straße, an Wahlkampfständen oder an den Haustüren statt. Zudem wird der Online-Wahlkampf immer wichtiger: Teilt unsere Beiträge zur Europawahl, postet Texte, Videos, Bilder und nutzt dabei unsere Hashtags #deinezukunft #europa für den

Europawahlkampf in Schleswig-Holstein mit Rasmus Andresen.

### Haustürwahlkampf

Am besten eignet sich wochentags die Zeit von 17 bis 20 Uhr und samstags in den (Vor-)mittagsstunden: Stellt kurz unsere Ziele für Europa vor und kommt mit den Menschen ins Gespräch. Tipps für den Haustürwahlkampf findet ihr unter [gruenlink.de/1f4k](http://gruenlink.de/1f4k)

Am 27. April starten wir den Haustürwahlkampf mit einem landesweiten **Aktionstag**. Mit dabei sind in Schleswig-Holstein unser Kandidat Rasmus Andresen und GRÜNE vor Ort. Seid auch dabei: Schnappt euch Flyer und ein paar Freund\*innen und macht in eurer Nachbarschaft auf die Europawahl und unsere Ziele aufmerksam!



## TERMINE ZUR EUROPAWAHL

So., 14. April 2019	6-Wochen vor der Europawahl: vsl. Start der Plakatierung
Do., 9. Mai 2019	Europatag
So., 12. Mai 2019	„Heiße 2-Wochen-Phase“ Europawahlkampf
So., 19. Mai 2019	bundesweite Großdemo: Ein Europa für Alle - Deine Stimme gegen Nationalismus!
Do., 23. Mai 2019	72-Stunden-Wahlkampf
So., 26. Mai 2019	Europawahl

Alle weiteren Termine findet ihr auf unserer Website [sh-gruene.de](http://sh-gruene.de)